



EGÖD/PSI-Erklärung an die politischen Entscheidungsträger in der EU und in den Westbalkanländern zum Umgang mit der Flüchtlingskrise

Europa soll zu einem sicheren Zufluchtsort für Flüchtlinge werden, und zwar ab sofort!

Brüssel, 11. September 2015

Anlässlich des außerordentlichen Rats der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union am 14. September wiederholen wir, die europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die in ganz Europa 8 Millionen öffentlich Bedienstete vertreten, und unser globaler Schwesterverband, die Internationale der öffentlichen Dienste, die weltweit 20 Millionen öffentlich Bedienstete vertritt, unsere Forderung, im Umgang mit der Flüchtlingskrise europäische Solidarität, Würde und Geschlossenheit zu beweisen.

Die chaotische und mancherorts unmenschliche Reaktion auf den anhaltenden Flüchtlingsnotstand in ganz Europa bedroht die gemeinsamen Werte, die der Europäischen Union zugrunde liegen.

Die seit Jahren von der EU koordinierte Austeritätspolitik und die damit bei vielen dringend benötigten öffentlichen Dienste – so auch bei den für Asylanträge zuständigen Behörden – einhergehenden massiven Arbeitsplatzverluste tragen nun zur Verschärfung einer Notlage bei, die vorhersehbar war. Die Flüchtlinge kommen in erster Linie aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Eritrea und dem Kosovo; die Lage in allen diesen Ländern ist nichts Neues.

Viele unserer Mitgliedsgewerkschaften im Süden, Osten und Norden Europas warnen schon seit langem, dass eine menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge – geschweige denn deren Integration in die Gesellschaft – infolge der personellen Engpässe bei der Verwaltung der wachsenden Zahl der Asylanträge wie auch durch die anhaltenden Budgetkürzungen im (physischen und psychischen) Gesundheitswesen und beim sozialen Wohnbau kaum noch zu bewältigen ist.

Uns ist klar, dass bei den Ursachen der Flüchtlingskrise angesetzt werden muss, an denen Europa teilweise mitschuldig ist; doch zuvor muss am 14. September eine gemeinsame Politik gefunden werden, wie mit dieser europäischen wie auch globalen Krise umzugehen ist.

Im April verabschiedeten führende GewerkschafterInnen des öffentlichen Diensts eine gemeinsame Stellungnahme mit einer Reihe von Forderungen, an deren Dringlichkeit und Relevanz sich bis heute nichts geändert hat.

Die Stellungnahme rät zu einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die gesamte EU, wobei eine Eingliederung der Menschen durch die dafür nötigen und personell ausreichend besetzten öffentlichen Dienste unterstützt werden muss. Entsprechend groß war unsere Enttäuschung, als der Rat den zynischen Beschluss fasste, lediglich die ersten 40.000 Flüchtlinge aufzunehmen, die Griechenland und Italien erreichten. Seit Jahresbeginn 2015 sind jedoch bereits 350.000 Menschen in die EU gekommen; es wird auch daran erinnert, dass die Türkei und der Libanon mehrere Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben.

•
EUROPEAN
FEDERATION
OF PUBLIC
SERVICE
UNIONS
•
FEDERACIÓN
SINDICAL
EUROPEA DE
SERVICIOS
PÚBLICOS
•
FÉDÉRATION
SYNDICALE
EUROPÉENNE
DES SERVICES
PUBLICS
•
EUROPEISKA
FEDERATIONEN
FÖR ÖFFENTLIG
ANSTÄLLDAS
FÖRBUND
•
EUROPÄISCHER
GEWERKSCHAFTS-
VERBAND FÜR DEN
ÖFFENTLICHEN
DIENST
•
ЕВРОПЕЙСКАЯ
ФЕДЕРАЦИЯ
ПРОФСОЮЗОВ
ОБЩЕСТВЕННОГО
ОБСЛУЖИВАНИЯ

Wir unterstützen den jüngsten Aufruf des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge António Guterres, der die EU zur Umsetzung einer gemeinsamen Strategie drängt, die auf Verantwortlichkeit, Solidarität und Vertrauen beruht. Guterres betonte, dass die Situation „eine enorme gemeinsame Anstrengung“ erfordert, „die mit dem derzeitigen fragmentierten Ansatz nicht möglich ist.“ Der Hochkommissar bezifferte den potentiellen Bedarf an Neuansiedlungen mit zusätzlichen 200.000 Standorten. Er drängte die EU dazu, unverzüglich adäquate Notaufnahmezentren mit entsprechenden Kapazitäten für eine Erstversorgung und Registrierung einzurichten, und zu diesem Zweck die Asyl- und Zivilschutzbehörden und andere Mechanismen zu mobilisieren, einschließlich der Ressourcen der Mitgliedsstaaten und der Unterstützung durch den UNHCR, die IOM und die Zivilgesellschaft.

Wir forderten außerdem die sofortige Aufhebung der Dublin-Verordnung, was die logische Konsequenz eines gemeinsamen Systems der gerechten Verteilung der Flüchtlinge gewesen wäre.

Obwohl die deutsche Regierung mit der Aufhebung der Dublin-Verordnung für syrische Staatsbürger die richtige Entscheidung getroffen hat, sind wir der Ansicht, dass diese Aufhebung für alle Staatsangehörigkeiten zu gelten hat, und zwar ohne irgendeine Unterscheidung, wer nach der Flüchtlingskonvention von 1951 und dem zugehörigen Protokoll von 1967 und der Grundrechtcharta der EU für einen möglichen Flüchtlingsstatus in Frage kommt. Die Aufhebung der Dublin-Verordnung wird die derzeit ungerechte und unpraktikable Situation in den Grenzländern umfassend erleichtern.

Die EU-Ressourcen müssen mithilfe des in Malta ansässigen Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen und dem UNHCR dringend aufgestockt und gebündelt werden, damit Asylanträge bearbeitet werden können und die Asylsuchenden in den EU-Grenzländern Griechenland, Italien, Malta, Spanien, Ungarn und Bulgarien in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die nötige Hilfe erhalten. Es ist lebensnotwendig, dass die lokalen und regionalen Regierungen und die Einsatzkräfte an vorderster Front mit den entsprechenden öffentlichen Ressourcen und einer ausreichenden Anzahl an geschulten und zu menschenwürdigen Bedingungen arbeitenden MitarbeiterInnen ausgestattet werden.

Die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 zum vorübergehenden Schutz im Fall des Massenzustroms von Flüchtlingen muss unverzüglich angewandt werden. Die Richtlinie sieht harmonisierte Rechte für die NutznießerInnen des vorübergehenden Schutzes vor, darunter eine Aufenthaltsgenehmigung für die gesamte Dauer des Schutzes, angemessene Information über den vorübergehenden Schutz, Zugang zu Arbeitsmarkt, Unterbringung oder Wohnung, zu Sozialhilfe bzw. ausreichenden Mitteln zur Bestreitung des Lebensunterhalts, Zugang zu medizinischer Behandlung, Schulbildung für Minderjährige, Familienzusammenführung und Garantien für den Zugang zu Asylverfahren. Warum diese Mechanismen der Solidarität und des Ausgleichs zwischen den Mitgliedsstaaten noch nicht in die Wege geleitet sind, ist unglaublich. Es ist höchste Zeit, sie zu aktivieren.

Wir wiederholen unseren Aufruf zu einem gemeinsamen System legaler Migrationsmöglichkeiten und sicherer Übergänge für Asylsuchende, damit niemand mehr sterben muss und der lukrativen Schlepperindustrie und ihrem tödlichen Geschäft endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Europa ist die zweitreichste Region der Welt und zugleich traurige Rekordhalterin der höchsten Sterberate unter Migranten und Migrantinnen. Laut der Internationalen Organisation für Migration haben seit Jahresbeginn 2.432 Menschen beim Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben verloren.

Wir bekräftigen noch einmal, dass wir den Bau von Zäunen und Mauern oder die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum ablehnen; das trägt in keiner Weise zur Lösung der Situation bei.

Erklärung von EGÖD/PSI über den Flüchtlingsnotstand in EU und Westbalkan

Es ist ineffektiv, weil es die Menschen in ihrer Verzweiflung nur in andere gefährliche Fluchtrouten umlenkt.

Es ist kostspielig. Die öffentlichen Gelder wären besser investiert, würden sie zur Finanzierung für eine menschenwürdige Aufnahme der Asylsuchenden genutzt.

Es ist kriminell, da damit eine weitere Maßnahme ergriffen wird, die dem Schlepperwesen nutzt.

Der Weg der Solidarität wird von den vielen Einzelpersonen durch ihre spontane Hilfe und durch ihre Gewerkschaften, Bürgergruppen und Sportvereine längst vorgezeigt.

Wir fordern Sie dringend auf, ihn ebenfalls zu beschreiten und eine gerechte und gleiche Aufteilung der Verantwortung zu beschließen, die auf Solidarität und Zusammenarbeit basiert und den Bedürfnissen der Flüchtlinge und ihrer Präferenz für den Ort gerecht wird, wohin sie aufgrund familiärer, gemeinschaftlicher und sprachlicher Verbindungen gehen wollen.

Längerfristig und im Lichte all dessen, was wir hier zum Ausdruck bringen, fordern wir Sie auf, die EU-Nachbarschaftspolitik einer tiefgreifenden Überprüfung zu unterziehen, und zwar insbesondere in Bezug auf die Mittelmeer- und Nahostländer sowie die bilateralen Wirtschaftsabkommen mit autoritären Regimen.

Und schließlich muss Schluss sein mit einer Rhetorik, die Flüchtlinge als Belastung bezeichnet. Sie sind Menschen, die vor Gefahr und Verfolgung fliehen. Wir haben die Menschenrechte und die humanitäre Verpflichtung sie aufzunehmen. Machen Sie aus Europa einen sicheren Zufluchtsort für Flüchtlinge. Wir können uns keine Verzögerung mehr leisten.